

Stoppt die Entmündigung der Demokratie – die Finanzmärkte müssen dienen, sie dürfen nicht herrschen Die Wende zur Nachhaltigkeit muss jetzt beginnen

Die Welt befindet sich in der härtesten Krise der Nachkriegszeit. Mehr noch: In einer Situation, die mit dem historischen Jahr 1989 vergleichbar ist. Auch heute geht es um einen Umbruch von epochaler Bedeutung. Deshalb müssen – wie damals – die Kräfte der Zivilgesellschaft gestärkt werden.

Obwohl für die Banken und den Finanzsektor milliardenschwere Rettungsschirme aufgespannt wurden, spitzt sich die Krise zu, auch weil nach wie vor den Finanzexperten die Ratschläge für die Bewältigung der vom Finanzsystem ausgelösten Krise überlassen werden. Bekämpft werden die Folgen, ohne die Ursachen zu beseitigen. Und die Kanzlerin nennt das auch noch „alternativlos“.

Es muss klar sein, um was es geht. Wir erleben eine vierfache Herausforderung:

- Erstens sind die Zeiten des hohen Wachstums vorbei. Wir müssen lernen, mit anderen wirtschaftlichen Prosperitätskonstellationen vernünftig umzugehen, statt auf spekulative Exzesse zu setzen, die durch Finanzgier und Verantwortungslosigkeit mit Hilfe der Computertechnik systematisch gefördert werden.
- Zweitens dürfen die ökologischen Herausforderungen nicht länger verdrängt werden. Die Externalisierung der sozialen und ökologischen Kosten werden sonst zu einer nicht mehr zu bewältigenden Zukunftshypothek.
- Drittens geht es um die Neuordnung der Welt, die Vorherrschaft von Europa und USA geht zu Ende. Neue starke Player bringen sogar die soziale Demokratie in die Defensive.
- Viertens muss die Demokratie gestärkt werden, damit die Finanzmärkte die Politik nicht länger in Geiselnahme nehmen, denn sie sind zwar nicht auf Gedeih, wohl aber auf Verderb von ihnen abhängig.

Es darf nicht sein, dass die Regierungen mit immer neuen Milliardenbeträgen den Banken helfen, sich selbst dabei total verschulden und die Folgen zu Lasten von Investitionen, Sozialleistungen und Umweltschutz der Allgemeinheit aufgebürdet werden. Der DNR fordert: Die Demokratie darf nicht weiter entmündigt werden.

Deshalb engagieren wir uns, denn die Umwelt- und Naturschutzverbände sind nicht nur eine starke Kraft in der Zivilgesellschaft, sie haben in den letzten Jahrzehnten auch wichtige Reformimpulse gegeben. Sie sind auch gefordert, zumal der Kern der Konflikte in einer völligen Fehleinschätzung der Wachstumsmöglichkeiten hochindustrialisierter Staaten liegt. Die Missachtung der ökologischen und sozialen Grenzen des Wachstums verschärft die Krisen.

I.

Die Finanzmärkte müssen zivilisiert werden. Sie dürfen nicht länger Herren der Welt sein, sondern müssen auf ihre eigentliche Aufgabe zurückgeführt werden: als Diener der Wirtschaft den Geldkreislauf sichern.

Ende der 1970-er / Anfang der 1980-er Jahre wurde in der Wirtschaftspolitik ein grundlegender Kurswechsel eingeleitet. Vorausgegangen waren krisenhafte Jahre mit der Aufkündigung des Bretton Wood-Systems zur Regulierung der Weltwirtschaft, den Ölpreiskrisen, dem Niedergang der britischen Wirtschaft und einer anhaltenden Deflation in den USA.

Um zu höheren Wachstumsraten zu kommen, wurden zuerst in Großbritannien und dann in den USA die Weichen gestellt für den Finanzkapitalismus, der sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten zur „Weltmacht“ aufgeschwungen hat. Die Haupttäter dieser Entmoralisierung der Wirtschaftsordnung hießen Margret Thatcher und Ronald Reagan. Sie haben als erste die Kapitalmärkte dereguliert und liberalisiert, damit sie die Unternehmen „aufmischen“, die Wirtschaft zu höheren Wachstumsraten antreiben und ihre Länder neue Stärke erreichen.

In den 1980-er Jahren nahm der angelsächsische Finanzkapitalismus Fahrt auf und prägte in den letzten zwei Jahrzehnten nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die gesellschaftliche und politische Entwicklung. Das sind die berühmten Märkte, die angeblich so nervös reagieren und die Politik zwingen, ihren Interessen gerecht zu werden.

Flotte Geldhändler und fragwürdige Rating-Agenturen, die ihre Büros vornehmlich in New York oder London haben, entscheiden seitdem nicht nur über das Schicksal einzelner Unternehmen, sondern ganzer Volkswirtschaften, ja auch der Sozialsysteme, öffentlichen Haushalte und des Spielraum für ökologische Reformen. Das strahlte auf die Gesellschaften ab, weil durch die Dominanz wirtschaftlicher Interessen auch Werte wie Vertrauen, Sicherheit und Verlässlichkeit zerstört und die öffentlichen Güter geschwächt wurden.

Der Finanzkapitalismus brachte selbst die Realwirtschaft in die Defensive und setzte die soziale Marktwirtschaft unter Druck. Daran ist auch die Politik schuld. Sie hat den Prozess nicht nur hingenommen, sondern oftmals sogar gefördert und ideologisch abgesichert. Notenbanken und Regierungen vieler Länder haben die spekulativen Exzesse durch Liberalisierungsorgien gefördert und auch durch eine Politik des „billigen Geldes“ angetrieben.

Mehr und mehr wurde die Welt zur Beute angelsächsischer Investmentprofis. Nicht nur aus ideologischer Verblendung, sondern auch durch den Renditedruck auf offenen, aber ungleichen Märkten und die Globalisierung. Sie zwangen die Unternehmen zu einem Kurswechsel. Für schnelle und hohe Renditen jagte fortan eine Verschlinkung die nächste. Kaufen und Verkaufen, Abstoßen, Aufspalten und Auslagern, das Lager rollt auf der Straße, Flexibilisieren und Deregulieren – das alles geschah und geschieht im Interesse kurzfristiger Renditesteigerungen. Ein Hin- und Herschieben, oft genug um den Preis von Sozialabbau, Umweltzerstörung und Arbeitslosigkeit vor allem junger Menschen.

Mit ausgeklügelten Computerprogrammen und komplexen, fast undurchschaubaren Finanzierungsstrukturen wurden die Investmentbanken mit Hedgefonds, institutionellen Investoren und Private-Equity-Unternehmen zu Treibern der Verrohung der Welt. Mit völlig übersteigerten Gewinnerwartungen setzten sie eine Kurzfristökonomie durch, die systematisch die Zukunft auszehrt.

Der Finanzkapitalismus machte mit seiner Finanzgier Wettbewerbswirtschaften zu hemmungslosen Rafkes. Der ehemalige Weltbank- und Bundespräsident Horst Köhler nannte die Investmentbanken „Monster“, die alle zivilisatorischen Grenzen missachten. Von daher geht es nicht nur um einzelne Korrekturen, der Finanzkapitalismus darf keine Zukunft haben.

II.

Die Politik läuft den ökonomischen Umbrüchen atemlos hinterher, das Krisenmanagement der Bundesregierung, der Eurostaaten oder der USA kann nicht überzeugen. Das politische Versagen löst Erschütterungen aus und kann die Demokratie gefährden.

Es ist Zeit für einen fundamentalen Kurswechsel, weg vom Diktat der Wall Street und des Finanzzentrums London, die nicht länger die Regeln der Wirtschaft zum eigenen Vorteil diktieren dürfen. Das erfordert mehr als eine Politik, die nur die schlimmsten Folgen abzuwenden sucht und letztlich bei nationalen Egoisten bleibt.

Mehr als ein Jahrzehnt wurden alle Forderungen nach Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte ignoriert. Und noch immer wird viel zu wenig getan, auch wenn die Notwendigkeit heute nicht mehr bestritten wird. Doch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und anderer Maßnahmen ist bis heute Papier geblieben.

Der zentrale Vorwurf der Umwelt- und Naturschutzverbände an die Politik ist, dass sie keine Zukunftsvision hat. Wir brauchen eine Repolitisierung von Politik und Gesellschaft, damit eine soziale und ökologische Gestaltung möglich wird. Und damit auch populistische Stimmungen nicht noch stärker werden, die weit weg sind von jeder verantwortungsbewussten Politik.

Zudem dürfen wir nicht länger hinnehmen, dass in den Medien selbstgerechte Bankenvertreter mit kurzem Gedächtnis den Zuschauern erklären, wie die von ihnen verursachten Krisen bewältigt werden müssen. Den Brandstiftern passt die Uniform der Feuerwehr nicht. Sie sind keine Welterklärer, sondern Lobbyisten mit Tunnelblick.

Die Bundesregierung ist bisher nicht in der Lage, die Wirtschaftskrise zu erklären und nachhaltige Reformkonzepte zu entwickeln. Damit baut sich eine explosive Entwicklung auf. Die Zweifel an der Politik nehmen in einer Weise zu, dass sogar die Demokratie und das friedliche Zusammenleben gefährdet werden können. Wir müssen alles tun, Politik und Zivilgesellschaft zu stärken, damit es nicht – wie ansatzweise schon die FDP – zur deutschen Variante der Tea-Party kommt.

Die Umwelt- und Naturschutzverbände, die in den letzten Jahrzehnten die wichtigsten Reformimpulse gegeben haben, wollen zu einer Wende hin zur Nachhaltigkeit beitragen. Die vier wichtigsten Ziele für eine Neuordnung heißen:

1. Die Finanzmärkte müssen der Wirtschaft und Gesellschaft dienen, sie dürfen nicht länger über sie herrschen.
2. Der Umbau in eine nachhaltige Ordnung muss mit Nachdruck vorangetrieben werden, die Grundlage dafür ist eine grüne Wirtschaft.
3. Die Europäische Union muss zur Nachhaltigkeitsunion werden.
4. Wir brauchen mehr Demokratie, um aus der Geiselhaft des Finanzkapitalismus heraus zu kommen und die kreativen Potenziale der Gesellschaft zu nutzen.

Fünf wichtige Einzelpunkte stellen wir ins Zentrum unserer Forderungen:

- *Allokation*: Die Aufgabe der Finanzmärkte ist es, die Allokation der Ressourcen zu steuern. Sie muss sich an den Gütermärkten orientieren, also keine Abkoppelung mehr von der Realwirtschaft durch überzogene Finanzrenditen. Deshalb muss die Spekulation massiv begrenzt werden.
- *Nachhaltigkeit*: Die Finanzmärkte müssen dem Nachhaltigkeitsziel untergeordnet werden. Sie müssen die nachhaltige Verwendung ihrer Kredite nachweisen, wozu auch das Kriterium der Natur- und Sozialverträglichkeit gehört.
- *Verteilungsgerechtigkeit*: Die Finanzmärkte müssen das Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit akzeptieren, national wie international. Die Tendenz zur Konzentration großer Vermögen muss korrigiert werden.

- *Bretton Woods II*: Wir brauchen eine nachhaltige Weltfinanzordnung, die auf ein dauerhaftes Gleichgewicht ausgerichtet ist. Dauernde Export- und Importüberschüsse müssen verhindert werden. Der sich abzeichnende völlige Zusammenbruch des Leitwährungsprinzips muss durch die Bereitstellung einer globalen Reservewährung abgedeckt und eine dauerhaft stabile und gerechte Lösung geschaffen werden.
- *Ökologischer New Deal*: Zur Stabilisierung der Wirtschaft ist der Umstieg in eine „grüne Wirtschaft“ sofort im großen Stil notwendig.

III.

Wir brauchen eine Neuordnung und bessere Regulierung des Finanzsektors. Hier liegt der Schlüssel, um zu einem neuen und gerechten Gleichgewicht zu kommen. In erster Linie müssen spekulative Anlageformen eingeschränkt und verboten werden.

Die Kapitalunterlegung der Bankkredite (Basel III) muss nicht nur erhöht werden, sondern auch progressiv zur Größe der Bank und ihres Geschäftsumfangs ansteigen. Bundesregierung und EU müssen klarmachen, dass sie auch das „Vollgeld“-Konzept in Reserve halten und auch bereit sind, Entflechtungen im Bankensektor durchzusetzen, wenn sich die Entkopplungstendenz von der Realwirtschaft nicht anders beherrschen lässt. Das schließt auch öffentliche Übernahmen, Beteiligungen oder Entflechtungen nicht aus.

Generell muss das Universalbankensystem, vor allem das Kreditgeschäft, so gestärkt werden, dass das Investmentbanking sich nicht monopolisierend auf das Bankgeschäft auswirkt.

Die Wertpapierbörsen dienen praktisch nicht mehr der Kapitalbeschaffung, haben aber eine unangemessen hohe Öffentlichkeitswirkung. Sie können abgeschafft werden, warum soll den Spekulanten auch noch tagtäglich eine öffentliche Bühne gegeben werden.

Die Risiken erfordern mehr Transparenz und Kontrolle, wo immer das möglich ist. Die Kontrollbefugnisse der Bankenaufsicht müssen national und in der EU verstärkt werden. Dazu gehören umfassende Berichts- und Genehmigungspflichten nicht nur der Banken, sondern auch der großen Fonds und Anleger und für die Kapitalbewegung mit Steueroasen und Off-Shore-Finanzzentren.

Ebenfalls erforderlich ist eine umfassende Reform des Bilanzrechts. Zudem müssen die Regeln für Wirtschaftsprüfer verschärft werden, insbesondere die der Banken.

Der Wildwuchs der spekulativen Finanzprodukte seit den 1970-er Jahren muss beseitigt werden. Leerverkäufe, Kreditausfallversicherungen und Wetten auf Kursänderungen sind zu verbieten. Die Derivate müssen drastisch eingeschränkt und generell genehmigungs- und berichtspflichtig werden.

Die Zentralbanken müssen nicht nur die Inflation der Konsumgüterpreise beobachten und bekämpfen, sondern auch die Vermögensinflation. Die Europäische Zentralbank muss für die Organisation und Abwicklung von Eurobonds zuständig werden. Sie verlangen eine neue Qualität der Zusammenarbeit und europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Um die Spekulation einzudämmen und vor allem Gelder für wichtige öffentliche Aufgaben zu gewinnen, fordert der DNR eine zunächst europäische Finanztransaktionssteuer von 0,05 % auf den Handel mit Devisen, Aktien, festverzinslichen Wertpapieren und Derivaten einzuführen.

IV.

Das Grundgesetz fordert „Eigentum verpflichtet“. Diese Sozial- und Naturbindung steht über den Interessen der Banken und Finanzinstitute. Das muss die Leitlinie sein, vor allem um die Externalisierung zu Lasten der Allgemeinheit zu beenden.

Artikel 14 des Grundgesetzes – ähnlich die Artikel 17 und 34 der Grundrechte-Charta der EU – verpflichtet den Gesetzgeber, den Unternehmen, Behörden und Haushalten einen nachhaltigen Umgang mit Gemeingütern vorzuschreiben. Dazu gehören die von der Natur gegebenen Rohstoffe und Ökosysteme sowie die von der Gesellschaft gestalteten Bedingungen für Gesundheit, soziale Sicherheit und Teilhabe. Das ist gemeint, wenn es heißt: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“. Ganz gleich, ob sie im Privat- oder Gemeineigentum stehen oder als „freie“ Güter gesehen werden.

Solange es zur Externalisierung der Kosten zu Lasten der Allgemeinheit kommt, weil der Anbieter durch den Raubbau an Gemeingütern Kosten spart, wird gegen das Grundgesetz verstoßen. Hier verbindet sich die Forderung des Grundgesetzes mit der Idee der Nachhaltigkeit. Es ist überfällig, dass das Grundgesetz beachtet und die große Leitidee der Nachhaltigkeit nicht länger so beliebig benutzt werden kann wie heute. Ein erster Schritt ist ein Gesetz für einen nachhaltigen Wettbewerb. Die Externalisierung muss bestraft werden. Die Wettbewerbsfreiheit darf nur für einen nachhaltigen Wettbewerb gelten.

Auch im Aktiengesetz müssen die Unternehmensvorstände auf den Schutz der natürlichen und sozialen Gemeingüter verpflichtet werden. Auch die IHKs müssen ebenso wie die Körperschaften des öffentlichen Rechts (Handwerkskammern oder Architektenkammern) darauf verpflichtet werden, dies in ihren Bereichen umzusetzen. Im Kreditwesen- und Investmentgesetz müssen Banken und Fonds verpflichtet werden, über die Natur- und Sozialverträglichkeit ihrer Produkte zu informieren.

Subventionen und öffentliche Unterstützung darf nur gewährt werden, wenn es nicht zu einer Externalisierung kommt.

In dem geplanten Steueramnestie-Abkommen mit der Schweiz sieht der DNR einen Beitrag zur staatlich organisierten Geldwäsche. Er fordert den Bundestag auf, das Vorhaben zu stoppen.

V.

Die auf das Naturkapital abgewälzten Kosten werden von der UNEP auf rund 11 Prozent des Weltsozialprodukts geschätzt. Setzt sich dieser Trend fort, wird bis 2050 mit einem Anstieg auf 18 Prozent erwartet. Auch deshalb schlägt der WBGU einen globalen Gesellschaftsvertrag vor.

In mindestens dieser Größenordnung werden Investitionen zum Schutz der natürlichen Gemeingüter heute unterlassen. In diesen Schätzungen sind die Sozialkosten nicht enthalten, wobei vor allem in den armen Weltregionen Armut und Naturzerstörung sich wechselseitig verstärken. Sie werden auf rund 9 Prozent des Weltsozialprodukts geschätzt, so dass schon heute ein Fünftel des Weltsozialprodukts auf Kosten unterlassener Investitionen zur Erhaltung des Natur- und Sozialkapitals gehen.

Eine nachhaltige Entwicklung wird dagegen auch die Einkommens- und Vermögensverteilung ändern, weil Gewinne auf Kosten der Allgemeinheit reduziert werden. Hinzu muss eine aktive Steuerpolitik für mehr Gerechtigkeit kommen. Würden allein die reicheren 10 Prozent wieder so besteuert wie 1960, so hätte die öffentliche Hand in Deutschland 110 Mrd. Euro mehr Einnahmen pro Jahr.

VI.

Heute besteht die Chance, zu einer neuen „Weltwirtschaftsordnung“, insbesondere der Weltwährungsordnung zu kommen. Es lernt aus den Fehlern der Vergangenheit, bezieht alle Länder ein, schafft eine wirkliche Aufsicht und geht von dem Grundsatz der Solidarität aller für alle aus.

Die USA haben – damals auch in der Auseinandersetzung mit der alten Wirtschaftsmacht Großbritannien – bei der Gründung des Weltwährungssystems 1944 in Bretton Woods darauf bestanden, den Dollar zur Leitwährung zu machen. Dabei war damals schon absehbar, dass der Keynes Plan mit einer globalen Reservewährung und eine sie betreuende und überwachende Clearing Union besser gewesen wäre.

Entsprechend haben die USA ihre Vormachtstellung ausgenutzt und durch die Abwälzung ihrer Kosten (zum Beispiel des Vietnam-Krieges) die Weltwirtschaft inflationiert. Seit der Einführung flexibler Wechselkurse 1973 und seit Greenspans Politik des billigen Geldes entstand immer mehr ein Ungleichgewicht, das vor allem zu Lasten der armen Weltregionen ging. Zusammen mit dem so genannten Washington Konsens, der weltweit den Neoliberalismus durchsetzte, führte das in die Krisen unserer Zeit.

Wir fordern ein Bretton Woods II, ein Weltwährungssystem, das über die nationalen Währungen eine globale stülpt und die Funktion der Reservewährung übernimmt. Sie könnte vom Weltwährungsfonds verwaltet werden. Er würde dafür sorgen, dass nationale Export- und Import-Überschüsse zurückgeführt und dennoch auftretende Defizite aus dem gemeinsamen Reservefonds ausgeglichen werden.

VII.

Die Realwirtschaft muss gestärkt werden. Die ökologische Modernisierung ist das Feld für eine Neuordnung Weltwirtschaft und für die Zurückdrängung der Spekulationswirtschaft. Sie verbindet Keynes und Schumpeter, Wirtschaftssteuerung und Innovationsförderung gehören zusammen.

Global bietet sich kein anderes Feld so vorteilhaft an für ein abgestimmtes Handeln wie die ökologische Modernisierung. Klimaschutz, Energiesicherheit, Kreislaufwirtschaft und Artenschutz verlangen einerseits ein globales Sanierungsprogramm und andererseits schnell Innovationen und den Umbau der Wirtschaft für die schnelle Erschließung der Zukunftsmärkte.

In allen Ländern existiert in diesen Bereichen ein hoher Handlungsdruck, so dass ein koordiniertes Vorgehen möglich ist. Große Chancen eröffnen sich für die Europäische Union, wenn sie zum Vorreiter der ökologischen Modernisierung wird, zumal in Europa die Ausgangsbedingungen für den Umbau günstig sind. Die EU kann damit eine gestaltende Rolle in der Globalisierung einnehmen.

Für eine führende Rolle beim Klimaschutz muss die EU auch den Emissionshandel ausbauen und die Einnahmen zielgerichtet für den ökologischen Umbau verwenden. Dazu gehört auch die schrittweise Erweiterung der ökologischen Finanzreform zur Grundlage des europäischen Steuersystems. Von hoher Bedeutung ist auch die Einführung eines Grenzsteuerausgleichs, um die Konkurrenz von Sozial- und Umweltdumping zu entschärfen.

Zudem plädieren wir für den zügigen Abbau umweltschädlicher Subventionen. Auch muss der Vorschlag geprüft werden, zur Finanzierung der ökologischen Modernisierung eine Zukunftsanleihe einzuführen.

Die Tugenden des „alten Europas“ zu bewahren und neu zu beleben, bedeutet auch, zu mehr Demokratie zu kommen. Damit wird die wichtigste Kraft mobilisiert, die den Umbau zu einer Erfolgsgeschichte macht.